

Wir müssen Ideen exportieren

Die Schweiz hat dem Ausland, vor allem der EU, mehr zu liefern als Waren



Bruno S. Frey

Meine Co-Kolumnistin Suzette Sandoz hat mit ihrer Kolumne «Es ist keine Schande, ein Patriot zu sein» in Leserbriefen grosse Zustimmung erhalten. Wir Schweizer sollten uns nicht dauernd entschuldigen und gegenüber dem Ausland weniger unterwürfig und anpassersich aufzutreten.

Ich bin mit Frau Sandoz sehr einverstanden. In der Tat braucht sich die Schweiz nicht zu verstecken. Jedes Land hat Ereignisse in der Vergangenheit zu verzeichnen, auf die es nicht stolz sein kann. Die Spanier haben bei der Kolonialisierung in Südamerika die einheimische Bevölkerung beinahe ausgerottet; das Verhalten der Belgier im Kongo war skandalös; die Engländer und Amerikaner haben im Zweiten Weltkrieg bewusst und gegen jedes Kriegsrecht die deutsche Zivilbevölkerung massiv bombardiert und Hunderttausende unnötig getötet. Diese Fälle dienen ausdrücklich nur als Beispiele. Andere Länder haben sich ähnlich verhalten, und die Schweiz ist keineswegs besser. Kein Grund besteht jedoch, gegenüber anderen Ländern zu kuscheln.

Allerdings ist es leider oft nur ein kleiner Schritt von dieser Einsicht zu Selbstgefälligkeit und Isolation. Das einzige Gegenmittel ist, aktiv und überzeugt darzustellen, bei welchen Problemen wir aufgrund unserer Geschichte und unserer Institutionen

einen Beitrag zur Lösung leisten können. Wir sollten nicht nur Waren ins Ausland exportieren, sondern vielmehr auch Ideen. Ich sehe zwei wesentliche Bereiche, in denen die Schweiz gegenüber anderen Ländern einen Vorsprung hat: die Volksabstimmung und den Föderalismus.

Hinsichtlich direkter Demokratie ist die Schweiz unbestrittener Weltmeister. Mehr als die Hälfte aller Referenden auf nationaler Ebene sind in unserem Land durchgeführt worden. Die meisten Länder bekunden grosse Mühe, den Bürgern und Bürgerinnen politische Entscheidungen zu überlassen. Dabei wird häufig verquer argumentiert. Der Bevölkerung wird zwar zugestanden, Repräsentanten ins Parlament und die Präsidenten zu wählen. Bestritten wird jedoch, dass sie auch in Sachfragen mündig ist.

Die grundsätzliche Opposition gegen direktdemokratische Elemente zeigt sich deutlich beim soeben vorgelegten Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents. Dort ist klar festgelegt: «Die Arbeitsweise der Union beruht auf dem Grundsatz der repräsentativen Demokratie.» Da eine einmal beschlossene EU-Verfassung nur einstimmig zu ändern ist, wird damit das Prinzip der indirekten Demokratie zementiert. Erst in letzter Instanz hat der Konvent noch ein zahlloses gemeinschaftsweites Petitionsrecht vorgesehen: Mindestens eine Million EU-Bürger aus einer «erheblichen» Zahl von Mitgliedsstaaten können mit einem Bürgerbegehren die Kommission auffordern, zu einem bestimmten Thema einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten.

Wir Schweizer sollten uns sicherlich nicht gegenüber andern Ländern als Lehrmeister aufspielen. Aber wir sollten selbstbewusst zeigen, dass in unserem Land die Demokratie weiter als anderswo ausgebaut ist. Die «Erfindung» der Volksherrschaft im klas-



ILLUSTRATION: GABI KÖPP

sischen Athen kann als erste Stufe und die Erweiterung mittels Repräsentation auf die nationale Ebene durch die Französische Revolution als zweite Stufe der Demokratisierung betrachtet werden. Die Schweiz ist beim Schritt

Wir sollten uns nicht aufspielen – aber doch zeigen, dass bei uns die Demokratie weiter als anderswo ausgebaut ist.

zur dritten Stufe, der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weitergekommen als andere Staaten.

Bei der europäischen Einigung ist in dieser Hinsicht auf faktischer Ebene einiges in Bewegung gekommen. Die Römer Verträge von 1956 waren noch ausschliesslich eine Angelegenheit der Politiker. Bei der jetzigen Erweiterung der Europäischen Union gilt ein Referendum in den neuen Mitgliedsländern aber bereits als selbstverständlich. Es ist schwer einzusehen, warum dem Volk nicht auch bei zukünftigen Entscheidungen in der EU eine verfassungsmässig gesicherte und relevante

Mitsprache zugestimmt wird. Die Schweiz kann auf der Grundlage ihrer mannigfachen Erfahrungen wichtige Beiträge liefern. So ist insbesondere die Bedeutung der den Volksabstimmungen vorausgehenden öffentlichen Diskussion zu betonen. Sie kann sich zum Beispiel nicht sinnvoll entfalten, wenn zu viele Vorlagen unterbreitet werden. Volksabstimmungen sollten unmittelbar inhaltlich entscheiden und für die Regierungen bindend sein, weil sonst die Bürger wenig Anreize zu aktiver Beteiligung haben. Verstärkte Institutionen der Volksbeteiligung würden die bisher fehlende europäische Öffentlichkeit und Demokratisierung wirksam überwinden.

Die Schweiz kann anderen Ländern, insbesondere der EU, auch Anregungen hinsichtlich des Föderalismus geben. Haben wir doch mit Hilfe des dezentralen Staatsaufbaus ein weitgehend friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Sprachen, Kulturen, Konfessionen und von Stadt und Land erreicht. Die Erfahrungen in unserem Land – auch im Vergleich mit anderen föderalen Staaten – zeigt, wie wichtig überlappende Dimensionen sind: Unser Land hätte sicher nicht überlebt, wenn die politischen Gewinner immer der gleichen Sprache und Religion zugehört und das gleiche Einkommen gehabt hätten. Wegen der Überlappungen zählen im Lauf der Zeit immer andere zu den Gewinnern; einmal die Romands, ein anderes Mal die Protestanten, wieder ein anderes Mal die auf dem Lande Wohnenden. Gerade für die Europäische Union ist es wichtig, zu wissen, wie der Föderalismus beschaffen sein muss, damit die verschiedenen, heute bereits deutlich sichtbaren Gegensätze friedlich und zugleich wirksam überbrückt werden.

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaftslehre am Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Uni Zürich.